

Nach dem 31. Juli

Der 31. Juli brachte die Befestigung der stürmischen Entfaltung der revolutionären Kräfte in der Antifaschistischen Aktion. Sie hatten geglaubt, die „zur Sekte herabgefallene KPD“ (wie der „Vorwärts“ (Münch) durch Terror und Massenhetze in eine Nachkriegs-„Häresie“ treiben und den „toten Hund“ gründlich und für immer zu begraben. Am Wahltag selbst, wenige Stunden vor Ablauf der Wahlzeit, wurde der „K o t e F a h n e“ das Verbot zugesandt. Mit der Begründung, daß „anreize“, sollte dem revolutionären Zentralorgan in vorgeschlagener Rücksicht und Sicherheit mit ihm der Kommunistischen Partei überhaupt für immer die legale Möglichkeit ihres Wirkens genommen werden.

Die bewaffneten Organisationen der braunbedienten Notverordnungsbanden waren bis zum letzten vorbereitet, die „Macht der langen Messer“ nicht nur in Königsberg zu injizieren, Gewerkschafts- und Parteifunktionäre in die Luft zu sprengen, Funktionäre und Mitglieder der KPD, am Wesen des Proletariats Reiches „henseln“ zu machen. Das Klassenbewußte Proletariat Deutschlands machte den hunderttausenden des Gelbes, ihren Verbots- und Terrorplänen am 31. Juli einen Strich durch die Rechnung. Ueber 5 1/2 Millionen antifaschistischer Kämpfer antworteten auf die heuchlerische Orgie der Blutjäger vom Dritten Reich. Ueber 5 1/2 Millionen in der Antifaschistischen Aktion marschierender Proletarier drückten dem 31. Juli den Stempel der Hegemonie vorwärts marschierender roten Einheitsfront auf.

Der Wahlsieg der KPD hat der Bereitschaft und Entschlossenheit der Massen zum Kampf neuen gewaltigen Auftrieb gegeben. Darin liegt die Bedeutung des 31. Juli für das Proletariat. Aber es war kein „Schicksalstag“ für die Arbeiterklasse, wie die SPD-Führer, zum wievielten Male schon, trügerisch behaupteten. Keine Frage, die das Leben der arbeitenden Klasse berührt, ist gelöst worden, wird nur gelöst werden durch den Einfluß der außerparlamentarischen Klassenkraft.



Herr Brüning war ein schlechter Prophet seiner Klasse, als er in vorigen Winter den schlimmsten seit 100 Jahren bezeichnete, und den heutigen Kapitalismus „nur noch 100 Meier vom Ziele“ wählte, um aus dem Todestal des kapitalistischen Niederganges herauszukommen. Wegen „Aufregung“ wurde die „Kote Fahne“ verboten. Mehr als die „Kote Fahne“ das arbeitende Volk „aufzuwiegen“ vermochte, tut es die Bourgeoisie durch die Tausende ihres Verrotts, durch die Verwundung der Berliner Schande nach außen und innen, durch die Organisation der Massenverwerflichkeit, durch die Zerstörung der Produktivkräfte, durch die Vernichtung und Vernichtung der proletarischen Jugend. Die Herrschaft der Bajonette und der Stahlpunten bleibt für sie der einzige Versuch, um die ökonomischen Trümpfe ihres Bankrotts zu schlagen, Zerstückelung der demokratischen Überbleibsel, Standrecht gegen die Antifaschisten. Verbot der KPD, ihre einzigen Trümpfe, um die Geschichte zu überlisten versuchen.

Für niemanden im Lager des „Systems“, weder für Herrn von Papen, noch für Brüning, noch für Wels sind die Arbeitermorde und Bombentattate der SA-Banden ein Hindernisgrund, mit Hitler zu verhandeln, bzw. ihn nach den „Spielregeln“ der Demokratie“ aus dem Amt zu lassen. Die Heranziehung der faschistischen Massenpartei als unmittelbare Stütze der kapitalistischen Diktatur, vollzieht sich in schnellem Tempo. Mit dem faschistischen „Sieg“ in Braunschweig am 20. Juli war der Wendepunkt in der unmittelbaren Ausrichtung der faschistischen Diktatur überschritten. Die offene Herrschaft der faschistischen, militärisch trainierten Organisationen mit der Staatsgewalt findet mit der Einrichtung der faschistischen Notpolizei in Braunschweig und Oldenburg ihren sichtbaren Ausdruck. Die wahrheitliche Beauftragung Hitlers mit der Regierungsbildung im Reich macht nicht nur die Reichswehr und die Polizei, sondern auch die national-faschistischen Organisationen zu offiziellen Trägern der vollziehenden Gewalt. Wo nur der blanke Hunger für Millionen die Reife für die Herrschaft des Salzes, des Standrechts aufrichten. Wo nur der Kommunismus für die Unterdrückten und Hungernden der Ausweg ist, muß die Kommunistische Partei verboten werden. Selbst das revolutionäre Wort von der Parlamentaristik aus wird zur Gefahr für die faschistische Machthaber.



Die wahrscheinliche Beauftragung Hitlers mit dem Reichs-Lanzentruppen soll erfolgen durch den Kandidaten der „Eisernen Front“. Zweimal gaben die SPD-Führer vor, mit Hindenburg Hitler geschlagen zu haben. Ihre Demasierung als Wegbereiter des Faschismus kann nicht länger erfüllt werden. Als sich am 20. Juli die Gewerkschaften und Gewerkschaften schimpflich davontrotzten und die ADGB-Führer die kommunistischen „Streikheker“ der Generalabteilung denunzierten, erklärten die Führer der „Eisernen Front“ den 31. Juli zum „Schicksalstag“ des deutschen Proletariats und der sozialdemokratischen Stimmgabel zum Hebel bei der Niederwerfung des Faschismus. Stimmte 48 Stunden war der Wahlsieger des 31. Juli verkündet, und das Zentralorgan der SPD offerierte, wie schon im Dezember 1931, seine Tolerierungsbereitschaft gegenüber einer Papen-Hitler-Regierung. Die Partei des Hakenkreuzes solle „in der Verantwortung“ zeigen, wie sie zu ihren Worten stehe. Von faschistischen Parteimitgliedern wurde die Arbeiter Deutschlands, Hitler weder parlamentarisch noch außerparlamentarisch, Hitler weder mit noch ohne die „Spielregeln der Demokratie“ an die Macht zu lassen. Die SPD-Führer aber wollten tolerieren, das Proletariat lassen die faschistische Diktatur ausliefern. Was sie in diesen Stunden größter Entzweiung, da die Partei der braunen Regierender ihre Truppen konzentriert, die Hitler vor den Toren des Regierungspalasts steht, den Arbeitern zu geben haben, ist ein Appell zur Verfassungsfreiheit. Die sozialdemokratischen Arbeiter sollen der Verfassung gedenken, deren einziger realer Inhalt der Schutz des kapitalistischen Eigentums und der Artikel 48 immer gewesen ist, deren legitimes Kind die faschistische Diktatur ist. „Eiserne Front“ die Einheitsfront? Die Einheitsfront mit der Bourgeoisie zur Brechung des antifaschistischen Klassenüberstandes! „Eiserne Front“ der SPD-Führer gegen die kämpfende Einheit der Arbeiter, die unabweisbar, ungetrübt im Feuer des Kampfes zwischen den sozialdemokratischen, parteilosen und kommunistischen Proletariern erwächst.

Wir Kommunisten haben am 31. Juli unsere Kräfte gezeigt, die Richtung unserer Generallinie durch das Verbot von über 5 1/2 Millionen Kämpfern bestätigt gefunden. Kein noch so blutiger Provokationsverstoß der braunen Banden wird und kann uns von unserer Marschroute, der Entfaltung des Massenüberstandes in der Antifaschistischen Aktion, abbringen. Jeder Versuch des Gegners, die Kräfte des revolutionären Proletariats durch Provo-

Mobilmachung!

Jeder Betrieb eine antifaschistische Festung!

An alle Kommunisten, an alle Antifaschisten richtete Ernst Thälmann, der Führer der KPD, und der Antifaschistischen Aktion, in seiner Rede in der Konferenz der Spitzenfunktionäre am 3. August den Kampfpfeil:

„Die nächste und unmittelbare Etappe in der Entfaltung der Antifaschistischen Aktion ist die Vorbereitung und Durchführung der

ANTIFASCHISTISCHEN KAMPFWOCHE vom 14. bis 21. August

Gestützt auf die außerordentliche durch den Wahlsieg vom 31. Juli gestärkte moralische und politische Kraft unserer Partei muß die Losung zur lebendigen revolutionären Wirklichkeit werden: „Antifaschistische Aktion, hinein in die Betriebe!“

Was ist zu tun?

„Die jetzt ablaufenden Tarife, die neuen drohenden sozialreaktionären Unternehmervorstöße als Anlaß zur Auslösung betrieblicher Kämpfe und größerer Streiks zu benutzen.

- den Werkfaschismus und das braune Gift in den Betrieben zu verdrängen,
- den roten Massenselbstschutz in den Betrieben zu organisieren,
- die roten Verbände zu stärken,
- neben der RGO in den Gewerkschaften eine breite klassenbewußte Oppositionsbewegung aller Arbeiter, Arbeiterinnen und der Angestellten zu entwickeln,
- für die Wiederaufnahme aller ausgeschlossenen Oppositionellen zu kämpfen und
- die Millionen von Erwerbslosen in den Kampf zu führen für die Erhaltung ihrer nackten Lebens- existenz.

Überall gilt es, konkrete politische Aufgaben zu stellen, im Kampf gegen den faschistischen Angriff.

Mutige Selbstinitiative von unten tut not!

Kommunisten, Antifaschisten, vorwärts!

Macht die Betriebe zu antifaschistischen Burgen!

Sportpalast-Kundgebung verboten!

Selbst das revolutionäre Wort eine „Bedrohung der öffentlichen Sicherheit“

Es heisst Verbot- und Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Arbeitererschaft und ihre revolutionäre Führung, die Kommunistische Partei. Heute Abend sollte im Sportpalast eine Kundgebung der Kommunistischen Partei Berlins stattfinden mit dem Thema: „Nach dem Wahlsieg vorwärts in der Antifaschistischen Aktion!“ Gestern teilte das Polizeipräsidium mit, daß diese Kundgebung wegen Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit verboten ist.

Weitere Zeitungsverbote

Unser Königsberger Bruderblatt „Echo des Ostens“ wurde vom Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen für die Dauer von einer Woche, es habe in einigen Artikeln die Königsberger Polizei

bösartig verächtlich gemacht und die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet.

Die „Illustrierte Bauernzeitung“, das Organ der werktätigen Bauern, wurde bis zum 15. Oktober verboten mit dem ausdrücklichen Vermerk, daß die Verbotsbegründung nicht veröffentlicht werden darf.

Die Papen-Schleicher-Diktatur läßt auch die letzte „unparteiische“ Bemäntelung ihrer Verbotsmaßnahmen fallen. Der ganze staatliche Unterdrückungsapparat, samt Standrecht und Todesstrafe, wird ausschließlich eingesetzt gegen die Kommunistische Partei, weil sie der einzige Todfeind dieses Systems ist, weil sie die Massen zum Kampf gegen die faschistische Diktatur aufruft, organisiert und führt. Doch der 31. Juli hat bewiesen: Je stärker der Terror gegen die Kommunistische Partei, desto fester und zahlreicher scharen sich die Werktätigen um das rote Freiheitsbanner!

„Ueberparteiliche Präsidialregierung“

Die Telegraphenunion verbreitete in den Nachtstunden folgende Meldung:

Das Reichskabinett trat am Mittwoch am 17. Juli, zu einer ausgedehnten Sitzung zusammen, die bis gegen 19.30 Uhr dauerte. Eine amtliche Mitteilung über die Sitzung, bzw. über die in der Sitzung gefassten Beschlüsse ist nicht erfolgt. In gut unterrichteten Kreisen umfängt man immerhin die Tatsache, daß die Entlassung jenseitig denn je in der Hand des Reichspräsidenten liegt, der jenseitig angefaßt der gespanntesten Lage im Innern wie auch im Hinblick auf die Unmöglichkeit parlamentarischer Mehrheitsbildungen nach wie vor auf eine überparteiliche Präsidialregierung Wert legt.

Die nachfolgenden Verhandlungen des Reichstanzlers mit den

Parteien werden daher auch in dieser Richtung liegen. Noch für Mittwochsabend hat Reichstanzler v. Papen den deutschnationalen Parteiführer Dr. Jüngerberg zu einer Besprechung gebeten. Donnerstag nachmittag empfängt der Reichstanzler die Zentrumsvorstandes Dr. Joos und Staatspräsidenten Bolg. Wolf. Hiltler wollte am Mittwoch noch nicht in Berlin. Die Verhandlungen des Reichstanzlers mit dem Führer der NSDAP. erwartet man am Freitagmittag.

650 Arbeiterfamilien im Mieterstreit

In Nieder-Hermsdorf in Schlesien stehen seit einigen Tagen 600 Mieter im Streit, da sie infolge des künftigen Unterführungsabbaues nicht mehr in der Lage sind, die Miete aufzubringen.

In Klesin (Ober-Sachsen) beschloßen die erwerbslosen Mieter am 3. August ebenfalls, den Mieterstreit durchzuführen. 150 Mieter führen den Streit bereits durch.

glung individueller Terrorakte zu zerplündern, wird unsere entschlossene Ablehnung finden. Die Kommunistische Partei formierte weit über ihren bisherigen Einflußradius hinaus hunderttausender neuer Kämpfer, weil sie sich in Hunderten von Kämpfen gegen Notverordnungs-diktatur und faschistischen Terror an die Spitze stellte, das Banner der Antifaschistischen Aktion, der roten Massen- kämpfes, des Streiks, der Massenaktion in jeder Form in die Betriebe, in die Stempelstellen, in die Arbeiterquartiere trug. Wir Kommunisten wissen, daß die Eingliederung der Betriebe in die Antifaschistische Aktion eine der Hauptbedingungen für die hegreichen großen Massenaktionen des Proletariats zur endgültigen Niederwerfung des Faschismus ist. Wir haben die Durchführung der Antifaschistischen Kampfwocche in den Betrieben in der Zeit vom 14. bis 21. August in größter Verantwortlichkeit allen Antifaschisten, allen Kommunisten, allen RGO-Kollegen, allen Klassenbewußten Gewerkschaften zur Aufgabe gestellt. Unsere betriebliche Offensive wird die von den braunen Verbänden unterstützten Unternehmerangriffe auf die Forderung und Aufhebung des Tarifvertrages, auf Diktierung schrankenloser Lohn- taubes zunichte machen. Die Forderung einer breiten Oppositionsbewegung in den Gewerkschaften muß die Kraft der Millionen organisierter Gewerkschafter werden gegen die streikbrecherische

Strafaktion, für die geschlossene Massenaktion der Arbeitererschaft. Das Resultat unserer Kampfwocche muß die Feinde in einem noch anderen Maße in Erschrecken setzen, wie es unser Wahlsieg am 31. Juli vermochte.

Hitler weder parlamentarisch noch außerparlamentarisch an die Macht zu lassen, den Kampf gegen alle Formen der kapitalistischen Diktatur zu führen, den revolutionären Ausweg dem Untergang in die kapitalistische Barbarei entgegenzusetzen, dafür demonstrieren 5 1/2 Millionen am 31. Juli, dafür kämpfen sie heute und immer bis zum Sieg.

Kein Schleicher oder Hitler, kein Brüning oder Wels, niemand, der auf dem Boden der kapitalistischen Ordnung steht, schafft kein Verbot, kein Terror, die Tribunaletzhaft aus der Welt. Kein Verbot, kein Terror, gegen uns läßt sich nur eine, das arbeitende Volk berührende Frage. Nur die Macht in die Hände der Arbeiterklasse, nur die Regierung der Arbeiter und Bauernschaft, nur die sozialistische Ordnung im Interesse der weitaus großen Mehrheit gegen eine verschwindende Minderheit, öffnet die Betriebe, gibt der Jugend wieder eine Zukunft. Im Bewußtsein unserer historischen Aufgabe, unserer Verantwortung gegenüber allen Unterdrückten, unserer sicheren und endgültigen Sieges: Antifaschisten, auf den Posten!